

Die NATO seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes

Urheber: Benjamin Reichenbach

Historischer Ursprung der NATO

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, zu Beginn des Kalten Krieges, standen sich in Europa zwei ideologisch und politisch unterschiedliche Lager gegenüber. Um eine Expansion des kommunistischen Ostblocks und dessen Vormacht Sowjetunion zu verhindern, gründeten 12 Staaten von beiden Seiten des Atlantiks (darunter die Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich) 1949 die NATO als verteidigungs- und sicherheitspolitisches Bündnis, um eine kollektive Verteidigung gegen jedwede Aggressionen von außen zu gewährleisten und ein sicheres Umfeld zur Entwicklung von Demokratie und Wirtschaftswachstum zu garantieren. Dadurch wurde auch eine stärkere Integration und Vernetzung der jeweiligen Verteidigungspolitiken der einzelnen Länder erreicht. Durch die Beitritte Griechenlands und der Türkei 1952, der Bundesrepublik Deutschland 1955 sowie Spaniens 1982 erweiterte das Bündnis seinen Einflussbereich. Während des Kalten Krieges waren Rolle und Zweck der NATO durch die von der Sowjetunion ausgehende Bedrohung klar definiert. Mit der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Zerfall der Sowjetunion 1991 entstand jedoch eine weltpolitisch neue Lage, mit der sich auch die NATO und ihre Rolle entscheidend veränderten.

Der Wandel der NATO nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts übernahm die NATO weitreichende neue Aufgaben. Dazu zählen die Gründung von Sicherheitspartnerschaften mit demokratischen Staaten in ganz Europa, im Kaukasus und in Zentralasien sowie das Engagement in regionalen und ethnischen Konflikten, wie im früheren Jugoslawien und in der ehemaligen Sowjetunion. Ihre Hauptaufgabe blieb weiterhin die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in ihren Mitgliedsstaaten durch politische und militärische Mittel.

1991 verabschiedete die NATO in Rom ihr „Neues Strategisches Konzept“, in dem sozioökonomische, ethnische und territoriale Instabilitäten als mögliche Sicherheitsprobleme in Europa genannt wurden. Im selben Jahr wurde der Nordatlantische Kooperationsrat gegründet, der zum wichtigsten Forum für Konsultationen und Zusammenarbeit zwischen NATO und Nicht-Mitgliedsstaaten des

Bündnisses im Euro-Atlantischen Raum wurde. Dieser wurde 1994 mit der Initiative „Partnerschaft für den Frieden“, die die beteiligten Länder bei der Umstrukturierung ihrer Streitkräfte und bei der Teilnahme an NATO-geführten, friedenserhaltenden Einsätzen unterstützt, ausgebaut. Dadurch entwickelte sich eine in erheblichem Maße effektivere Zusammenarbeit zwischen den Ländern, die sich an friedenserhaltenden Einsätzen wie der Stabilisierungstruppe in Bosnien-Herzegowina (SFOR) und an der Kosovo-Schutztruppe (KFOR) beteiligten.

1995 rief die NATO einen Mittelmeer-Dialog mit sechs Ländern – Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko, Mauretanien und Tunesien, seit 2000 auch Algerien – ins Leben, mit dem Ziel, gute Beziehungen aufzubauen, das gegenseitige Verständnis der Länder zu verbessern sowie Sicherheit und Stabilität in der Region zu fördern.

Die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland sowie zwischen der NATO und der Ukraine wurde 1997 auf eine formellere Grundlage gestellt. Es wurden zwischen der NATO und beiden Ländern bilaterale Vereinbarungen geschlossen und der Ständige Gemeinsame Rat sowie die NATO-Ukraine-Kommission eingerichtet, um regelmäßige Konsultationen und Diskussionen in Sicherheitsfragen zu ermöglichen. Im Jahre 2002 wurde der Ständige Gemeinsame Rat in den NATO-Russland-Rat umgewandelt, was eine Vertiefung des Verhältnisses darstellte und die Beziehungen auf ein völlig neues Fundament hob. Zu den wichtigsten Themen des Rates gehören der Kampf gegen den Terrorismus, die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie das Krisenmanagement.

Die NATO auf dem Balkan

Seit dem Zerfall bzw. der Zersplitterung des ehemaligen Jugoslawien Anfang der 90er Jahre fanden drei militärische Interventionen der NATO auf dem Balkan statt: 1995 in Bosnien-Herzegowina, 1999 im Kosovo und 2001 in Mazedonien.

In Bosnien-Herzegowina reagierten die NATO-Kräfte 1995, nach erneutem Beschuss Sarajewos durch serbische Einheiten, bei ihren Luftangriffen mit massiven Bombardements gegen serbische Stellungen und zwangen beide Seiten, durch die Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse am Boden, zur Aufnahme von Waffenstillstandsvereinbarungen, die in das Dayton-Abkommen mündeten. Neben der Mithilfe bei der sicheren Rückkehr von Flüchtlingen und der Aufgabe Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen, trägt die SFOR zu einer Reform der bosnischen Streitkräfte bei, die seit dem Ende der Auseinandersetzungen in drei Ethnien (bosnische Muslime, Kroaten und Serben) aufgeteilt sind.

1999 reagierte die NATO (nach dem gescheiterten Gipfel von Rambouillet, auf Beschluss aller Mitgliedsstaaten) mit ihrem Einsatz im Kosovo auf die über ein Jahr andauernde Eskalation der Gewalt, die drohende Ausweitung des Konflikts auf die

gesamte Region sowie auf Belgrads wiederholte Verletzungen der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates. Trotz fehlender Resolution des Sicherheitsrates entschlossen sich die Mitglieder zu Luftschlägen gegen die militärischen und paramilitärischen Einrichtungen Serbiens, mit dem Argument einer humanitären Katastrophe so vorzubeugen. Nach dem Ende der militärischen Aktionen der Konfliktparteien wurden die jugoslawische Armee, die serbische Polizei und die paramilitärischen Verbände zu einem Rückzug aus dem Kosovo gezwungen und internationale Truppen stationiert, um die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen zu sichern.

In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien kam die NATO 2001 einer Bitte des Präsidenten auf Entwaffnung ethnisch-albanischer Gruppen, die die Sicherheit gefährdeten, nach. Der Intervention ging eine Einigung zwischen Regierungsvertretern und albanischer Minderheit voraus, die durch Vermittlung der NATO und anderer internationaler Organisationen zustande gekommen war. Auch nach der Einsammlung der Waffen blieben die NATO-Truppen auf Ersuchen Skopjes bis zur Übernahme des Mandats durch die EU Anfang 2003 im Land.

Ziel der beiden andauernden Friedensmissionen (der SFOR in Bosnien-Herzegowina und der KFOR im Kosovo) ist die Schaffung eines sicheren Umfelds, um bestmögliche Rahmenbedingungen zur Etablierung eines demokratischen Systems zu gewährleisten.

Die Antwort auf neue Sicherheitsherausforderungen

Im Jahre 1999 einigten sich die NATO-Staaten auf ein neues Strategisches Konzept, welches die neuen Sicherheitsbedrohungen, mit denen sich die Allianz konfrontiert sieht, definiert. Dabei wird sowohl der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und ihren Trägern besondere Aufmerksamkeit geschenkt, als auch andere Risiken, z.B. Terror- und Sabotageakte, betont werden. Das Konzept zeigt auf, wie sie diesen Gefahren, die als „multidirektional und oft schwer vorhersehbar“ beschrieben werden, begegnen will. Dazu knüpfte die NATO noch engere Beziehungen zu internationalen Organisationen wie der Europäischen Union, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), den Vereinten Nationen bis hin zur Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie zu Nichtmitgliedsländern der NATO wie Russland und Ukraine, und zu Partnern im euro-atlantischen Raum und in der weiter gefassten Mittelmeerregion. Zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten und zur weitergehenden Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten untereinander wie mit Partnerländern und anderen internationalen Organisationen wurde eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet. Dazu zählen die Einrichtung des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates, und eine Erweiterung der „Partnerschaft für den Frieden“, eine Initiative zur Verteidigungsfähigkeit, um die militärischen Fähigkeiten zu modernisieren,

ein Zentrum für Massenvernichtungswaffen (2000) zur Sicherstellung des Informationsflusses zwischen den Mitgliedsstaaten. Daneben brachte der Europäische Rat eine Initiative zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf den Weg, die die Übernahme von größerer Verantwortung in Fragen der Sicherheit und Verteidigung durch die europäischen NATO-Staaten zur Folge hatte.

Der 11. September und die Folgen

Die terroristischen Angriffe gegen die Vereinigten Staaten am 11. September 2001 waren ein unmissverständliches Zeichen dafür, wie sehr sich das Sicherheitsumfeld seit dem Ende des Kalten Krieges verändert hat und wie verwundbar moderne Gesellschaften angesichts neuer Sicherheitsbedrohungen geworden sind. In der Folge erklärten die NATO-Staaten zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Verteidigungsfall gemäß Artikel 5 des Washingtoner Vertrages (Bestimmung für die kollektive Verteidigung). Trotzdem entschieden sich die USA den folgenden Afghanistan-Feldzug, abgesehen von der Entsendung von Awacs-Flugzeugen, ohne Mithilfe der NATO unilateral anzuführen, was als neue Strategie der amerikanischen Sicherheitspolitik ausgegeben wurde (Coalition of the willings). Insofern veränderte der 11. September die Führungsmacht der NATO und stellt somit eine grundlegende strukturelle Verschiebung in der internationalen Sicherheitspolitik dar.

Der Prager Gipfel

Auf dem Prager Gipfel im November 2002 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs ein Maßnahmenpaket von Reformen, Initiativen und Programmen. Dazu zählen ein militärisches Anti-Terrorismus-Konzept sowie die Verpflichtung der Bündnisstaaten zur Verbesserung ihrer militärischen Operationsfähigkeit. Darunter fällt die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe hochmoderner NATO-Reaktionskräfte (NATO Response Force). Diese aus multinationalen, mobilen, hochtechnologischen und schlagkräftigen Elementen der Land, Luft- und Seestreitkräfte gebildete Truppe gilt als sichtbarster Ausdruck der strategischen Neuorientierung. Außerdem erfolgte eine Reform der Kommandostruktur. Die Grundzüge einer neuen, gestrafften und effizienteren Kommandostruktur, die weiterhin zwei strategische Kommandos erfasst (operationales Hauptquartier in Belgien, funktionales Hauptquartier in den USA), wurden beschlossen. Zudem wurden Streitkräfte von 14 Bündnismitgliedern nach Afghanistan verlegt, um die von den USA dort geführte Operation gegen die für die Terroranschläge verantwortliche Organisation Al-Qaida und das Taliban-Regime, das Al-Qaida Unterschlupf gewährt hatte, sowie die darauf folgende ISAF-Mission zu unterstützen. Inzwischen hat die NATO auf Bitte einiger Mitgliedsstaaten die Führung der ISAF-Schutztruppe selbst übernommen. Dieser Einsatz verdeutlicht die

Entwicklung der NATO von einer Allianz mit geographisch klar definierten Grenzen zu einem Bündnis, das internationalen Bedrohungen auch außerhalb ihres Raumes begegnet. Schließlich gelang es die Beziehungen zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf vertragliche Grundlagen zu stellen, wonach die EU in Krisensituationen auf Kapazitäten der NATO zurückgreifen kann.

Die Osterweiterung der NATO

Aus sicherheitspolitischen Interessen strebten einige osteuropäische Staaten seit Beginn der 90er Jahre einen Beitritt zur NATO an. Sowohl die USA als auch Frankreich lehnten eine Ausweitung der NATO jedoch zunächst ab. Um den Druck der Erweiterung abzufangen, initiierten die USA schließlich 1994 als Alternative die „Partnerschaft für den Frieden“, mit dem die NATO-Partner in die gemeinsame militärische Planung sowie gemeinsame Trainings- und Übergangsprogramme einbezogen wurden. Kurz darauf erklärte der amerikanische Präsident Clinton überraschend die Bereitschaft zur Öffnung der NATO für neue Mitglieder. Um eine Verschlechterung der Beziehungen zu Russland als Folge der Erweiterungen zu verhindern, wurde die so genannte NATO-Russland-Akte unterzeichnet, die unter anderem die Einrichtung diplomatischer Vertretungen und Konsultationen bei wichtigen Entscheidungen vorsah. 1999 wurden schließlich Polen, Ungarn und Tschechien Mitglieder der NATO. Aufgrund des 11. Septembers 2001 und der Annäherung der NATO zu Russland verschob sich der Kontext der daran anschließenden Erweiterungsdebatte insofern als die Aufnahme möglichst vieler Kandidaten weniger als eine Gefährdung der inneren Kohäsion der NATO betrachtet wurde, sondern mehr als geostrategischer Vorteil und Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus. Nachdem deswegen Überlegungen zu einer begrenzten Erweiterung um lediglich Slowenien und die Slowakei verworfen wurden, traten in der zweiten Erweiterungsrunde im Jahre 2004 sieben weitere Länder – Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien – dem Bündnis bei. Die sieben neuen Mitgliedsstaaten sowie andere Staaten, die eine Mitgliedschaft in der NATO anstreben, konnten bereits die Vorteile eines Aktionsplans zur Mitgliedschaft (Membership Action Program) nutzen, der 1999 erarbeitet wurde, um interessierten Partnerländern bei der Vorbereitung auf eine Mitgliedschaft zu helfen. Dieser Aktionsplan bietet den beitrittswilligen Ländern Rat und Unterstützung, ist jedoch keine Garantie für eine zukünftige Mitgliedschaft. Die beitrittswilligen Länder sollen ihrerseits bestimmte politische Zielvorgaben, wie die friedliche Beilegung territorialer Streitigkeiten, die Achtung demokratischer Regeln sowie die Rechtsstaatlichkeit und die demokratische Kontrolle über ihre Streitkräfte, erfüllen. Die Erweiterung der NATO soll jedoch kein Selbstzweck sein, sondern dient als Mittel der Projizierung der

Sicherheit des NATO-Gebietes auf andere Länder und Regionen und zur Sicherung der Stabilität in Europa insgesamt. Die neuen Mitgliedsstaaten sollen dabei nicht nur die Vorzüge der Mitgliedschaft nutzen, sondern auch selbst aktiv zur Sicherheit aller Mitgliedsstaaten beitragen

Perspektiven für die Rolle der NATO im 21. Jahrhundert

Im Laufe der Jahre hat sich die NATO von einem primär auf kollektive Verteidigung ausgerichteten Bündnis zum Zentrum einer breit angelegten partnerschaftlichen Zusammenarbeit in sicherheitsrelevanten Fragen weiterentwickelt. Auch in Zukunft wird die Hauptaufgabe der NATO in der Friedenssicherung ihrer Mitgliedsstaaten durch politische und militärische Mittel liegen. Dabei muss sie sich allerdings den neuen Sicherheitsherausforderungen des 21. Jahrhunderts wie dem internationalen Terrorismus und der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen stellen.

Die NATO bildet weiterhin einen politisch-militärischen Rahmen für die Bewältigung der Sicherheitsherausforderungen, der die Interessen Europas und Nordamerikas, sowie der Mitgliedsländer untereinander, in ein ausgewogenes Verhältnis bringt. Seit dem Prager Gipfel haben die Bündnisstaaten ihre Anstrengungen verstärkt, den neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Auf der Grundlage der Verteidigung gemeinsamer Werte, wie Demokratie und Menschenrechte, entschlossen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Bedrohung durch die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, gestärkt durch die Festigung der Beziehungen zu Russland und zur Ukraine und durch den Ausbau der Grundlagen für eine enge Zusammenarbeit mit anderen Partnerstaaten, sowie als effektives Instrument zur Krisenbewältigung und Konfliktprävention ist die NATO unumstritten eine der wichtigsten internationalen Organisationen des 21. Jahrhunderts, deren Zukunft allerdings offen ist. Die künftige Entwicklung Allianz, die sich seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes im ständigen Wandel befindet, wird stark von den Politiken ihrer Mitgliedsländer abhängen. Es zeichnet sich jedoch ab, dass die Regierungschefs der NATO-Mitglieder auf ihrem Gipfel in Riga, im kommenden November, dem derzeitigen NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer, den Auftrag erteilen werden, eine Grundsatzreform auszuarbeiten, die die NATO noch globaler ausrichtet und Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Ländern wie Japan, Südkorea und Australien eröffnet. Die NATO wird zu einem weltweit agierenden Bündnis.